

Zeitschrift:	Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber:	Auslandschweizer-Organisation
Band:	50 (2023)
Heft:	4
Artikel:	"Der Staat wird wohl auch die neue Grossbank stabilisieren müssen"
Autor:	Wenger, Susanne / Straumann, Tobias
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-1052128

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Der Staat wird wohl auch die neue Grossbank stabilisieren müssen»

Die Traditionsbank Credit Suisse ging nach 167 Jahren unter: Der Staat zwang die UBS, die angeschlagene Konkurrentin zu übernehmen. Wirtschaftshistoriker Tobias Straumann über die Schweiz und die Grossbanken, Illusionen der Politik – und die Frage, ob das kleine Land wirklich noch eine internationale Grossbank braucht.

INTERVIEW: SUSANNE WENGER

«Schweizer Revue»: Herr Straumann, ist das Ende der geschichtsträchtigen Credit Suisse ein Bruch oder Wendepunkt für die Schweiz?

Tobias Straumann: Es ist zumindest ein Ereignis. Die Credit Suisse war die älteste noch existierende Schweizer Grossbank. Ein bedeutender Wendepunkt ist ihr Untergang aber nicht. Schon in den 1990er-Jahren verschwan-

den Grossbanken. Vor gut dreissig Jahren hatte die Schweiz fünf Grossbanken, jetzt bleibt noch eine übrig. Die globale Finanzkrise 2008 mit der Rettung der grössten Schweizer Bank UBS durch den Staat und später der Wegfall des Bankgeheimnisses für ausländische Kunden waren viel heftigere Brüche.

Die UBS retten, die CS zwangsfusionsieren: Gleich zweimal musste der

Staat in den letzten fünfzehn Jahren strauchelnden Grossbanken zu Hilfe eilen. Dabei ist die Schweiz ein Land, das die freie Marktwirtschaft hochhält. Wie passt das zusammen?

Die Schweiz ist gar nicht so marktwirtschaftlich. Wir haben viele Staatsbetriebe oder Pseudostaatsbetriebe. Im Bankensektor gibt es die Kantonalbanken, das sind auch Staatsbetriebe. Außerdem sind Staatsinterventionen für Grossbanken aus meiner Sicht kein

1856

Bank für die Eisenbahn

Der liberale Politiker und Unternehmer Alfred Escher (Bild) gründet mit Gleichgesinnten in Zürich die Schweizerische Kreditanstalt. Die Vorgängerin der Credit Suisse steigt rasch zur grössten Handelsbank auf und finanziert den Ausbau des Schweizer Eisenbahnnetzes mit.



Foto ETH-Bibliothek, Bildarchiv

1934

Bankgeheimnis verankert

Das Parlament verankert das Bankgeheimnis für Bankkunden in der Schweiz gesetzlich. Obwohl im In- und Ausland umstritten, wird es lange standhaft verteidigt. Als der internationale Druck vor allem wegen der Steuerflucht wächst, gibt die Schweiz



das Bankgeheimnis für ausländische Kundenschaft ab 2009 schrittweise auf.

1977

Skimützen fürs Volk

Um volksnah zu wirken, verlost die Schweizerische Kreditanstalt 800 000 Gratismützen. Bis weit in die 1990er-Jahre sind diese auf Skipisten zu sehen, später werden sie zum Kultobjekt. Beim Untergang der Credit Suisse sind sie deutlich mehr wert als die Bank-Aktie.



Tabubruch mehr. Seit den 1990er-Jahren sehen wir international, wie verletzlich das stark globalisierte und liberalisierte Bankensystem geworden ist. Dass Staaten immer wieder eingreifen mussten, ist völlig normal geworden. Es geht gar nicht anders, weil es sonst jedesmal eine grosse internationale Finanzkrise gäbe. Auch das Ausland erwartet von der Schweiz, dass von ihr nicht Ereignisse ausgehen, die das ganze Bankensystem anstecken.

Das Parlament wollte aber nach der UBS-Rettung mit dem «Too-big-to-fail»-Gesetz verhindern, dass Staat und Steuerzahler nochmals so grosse finanzielle Risiken eingehen müssen. Ein böses Erwachen für die Politik?

«Die ökonomische Bedeutung des Finanzplatzes wird überschätzt.»

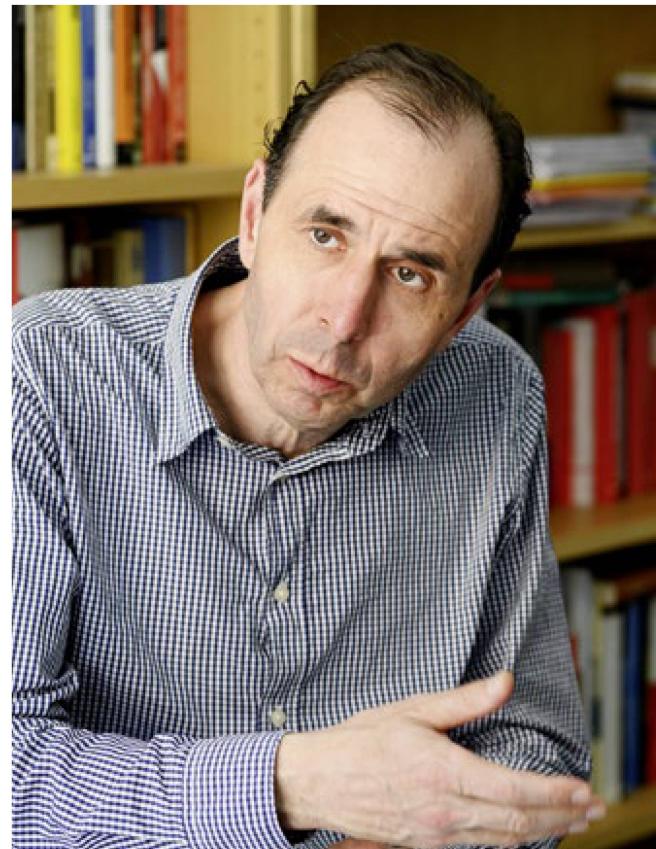
Als Historiker bin ich weniger überrascht, dass das nicht geklappt hat. In einer Krise braucht man sehr einfache Pläne. Die «Too-big-to-fail»-Regelung war zu kompliziert, nicht erprobt und etwas weltfremd. In so einem Fall sind immer auch ausländische Behörden involviert, die ihrerseits politisch Rücksicht nehmen müssen. Bis sie zustimmen, kann es dauern.

Was vermag Bundesbern in globalisierten Finanzmärkten überhaupt noch zu bewirken?

Einiges. Der Staat kann und muss sehr viel machen, wenn es darum geht, Banken zu stabilisieren. Im Falle der UBS hat er es gut gemacht. Die Bank wurde temporär teilverstaatlicht, am Schluss verdiente der Bund gar noch etwas daran. Und die UBS passte ihre Risikokultur an. Bei der Credit Suisse hielten die Behörden nun eine Fusion für sicherer. Ob es die richtige Lösung war, wird sich erst noch zeigen.

Wer oder was ist hauptverantwortlich für den CS-Kollaps?

Das Management und der Verwaltungsrat. Die CS war seit Jahren schlecht ge-



Zur Person:
Tobias Straumann (57) ist Professor für Geschichte der Neuzeit und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Zürich. Er forscht unter anderem zur Finanz- und Währungsgeschichte. Besonders interessiert ihn das Zusammenspiel von Wirtschaftskrisen, Institutionen und Politik.

föhrt. Aber auch die Behörden müssen sich Fragen gefallen lassen. Seit Oktober 2022 wusste man, dass die Bank in einer schwierigen Situation war. Trotzdem dauerte es diesen März nochmals lange, bis ein Rettungsplan stand. Das Ganze wirkte improvisiert, anders als damals bei der UBS. Das hat mich überrascht. Noch wissen wir nicht genug, um das Behördenverhalten zu beurteilen. Die Parlamentarische Untersuchungskommission wird Erkenntnisse bringen. Die Bank selber sollte jedoch auch etwas beitragen, und zwar von sich aus: mit einem umfassenden Bericht, was bei der CS schiefgelaufen ist. Das ist sie der Schweiz schuldig.

1991

Regionalbank kollabiert

Die Spar- und Leihkasse Thun im Berner Oberland übernimmt sich mit der Finanzierung von Immobilien und geht konkurs. Die Bilder vom Bankencrash in der reichen, soliden Schweiz gehen um die Welt. Über 220 Millionen Franken Privat- und Geschäftsvermögen werden vernichtet.



1997

Bankenhochzeit zur UBS

Die zwei Schweizer Traditionsbanken Schweizerische Bankgesellschaft und Schweizerischer Bankverein fusionieren zur UBS. Ziel der neu grössten Bank der Schweiz ist es, stärker ins internationale Finanzgeschäft zu expandieren und dort zur Weltspitze zu gehören.



2008

Staat rettet UBS

Nach dem Zusammenbruch der US-Bank Lehman Brothers gerät die UBS in den Strudel der Finanzkrise. Bund und Nationalbank werfen 60 Milliarden Franken auf, um den Konkurs der Grossbank zu verhindern. Der Plan geht am Schluss ohne Schaden für die Steuerzahler auf.





2010

Bonus-Exzesse bei der CS

CS-Konzernchef Brady Dougan (Bild) bezieht zusätzlich zum Jahreslohn von rund 19 Millionen Franken einen Bonus von fast 71 Millionen. Das ist neuer Bonus-Rekord. Die exzessive Bonuskultur der CS stösst in der Schweiz auch in den Folgejahren immer wieder auf Kritik, doch



die Aktionäre der Grossbank winken sie durch.

2011

«Too big to fail»-Gesetz

Das Parlament folgt Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf (Bild) und reguliert jene Banken stärker, deren Ausfall der Volkswirtschaft schaden würde, darunter UBS und CS. Sie sind «too big to fail»: zu gross, um unterzugehen. Finanzielle Anforderungen werden erhöht, der Insolvenz-Fall wird geregelt.



2021

CS mit Milliardenpleiten

Risikoreiche Investitionen in die Finanzfirma Greensill und den Hedgefonds Archegos führen zu Milliardenverlusten bei der Credit Suisse. Die Schweizer Finanzmarktaufsicht eröffnet wegen Greensill ein Verfahren und ordnet Massnahmen bei der CS an.



Trotz Verlusten und Skandalen wurden bei der CS überhöhte Vergütungen und Boni ausbezahlt. Gewisse Banker scheint nur noch Geldgier anzutreiben, für die sie jedes Risiko eingehen. Wo ist die Unternehmerbank von einst geblieben, die das Land voranbrachte? Den unternehmerischen Teil gab es bei der CS bis zuletzt. Im Firmenkreditgeschäft machte sie einen sehr guten Job. Es stimmt, die Bankengründer um Alfred Escher im 19. Jahrhundert investierten in die Infrastruktur. Doch das Eisenbahngeschäft war auch schon riskant. Die Kreditanstalt hatte eine stürmische Entstehungszeit, die Börsenkurse der Eisenbahngesellschaften gingen rauf und runter. Wenn es gut lief, verdienten auch die Banker gut. Lief es schlecht, bezogen sie allerdings keine Boni. Das ist der Unterschied zu heute. Die Fehler bei der CS geschahen schon auch aus Gier, aber vor allem wegen der Inkompotenz des Verwaltungsrats und des Managements.

Worin lag die Inkompotenz?

Was ab den 1990er-Jahren neu dazukam, war die starke Internationalisierung der Schweizer Grossbanken. Auf den Finanzplätzen London und New York ist es jedoch für ein schweizerisches Management extrem schwierig zu bestehen. Die angelsächsischen

Investmentbanker haben eine völlig andere Mentalität, die mit der schweizerischen Geschäftskultur schlecht vereinbar ist. Zudem arbeiteten oft zweitklassige Banker für die Schweizer Grossbanken in London und New York, die sich wie Söldner verhielten und nur kurzfristig maximalen Profit für sich herausschlagen wollten.

Die UBS hat die CS im Juni übernommen. Kommt das gut mit dieser Riesenbank?

Die neue Grossbank ist kleiner als die UBS vor der Finanzkrise und wird wohl noch ein wenig schrumpfen. Dies nur so zum Vergleich. Aber klar, sie ist immer noch sehr gross, von der Bilanzsumme her doppelt so gross wie das Schweizer Bruttoinlandsprodukt. Ob es gut kommt, weiß ich nicht. Die Wahrscheinlichkeit, dass auch diese Grossbank einmal ein Problem haben wird und der Staat eingreifen muss, ist jedoch sehr hoch. Eine stärkere Regulierung wird da nicht ausreichen. Das kann man jetzt schon sagen.

Jetzt liegen aber politische Forderungen auf dem Tisch, systemrelevante Banken stärker zu regulieren.

Noch etwas mehr Puffer zu verlangen, also einen höheren Anteil Eigenkapital, fände ich sinnvoll. Aber selbst



dann ist die UBS nicht sicher, das muss man einfach wissen. Das globale Finanzsystem ist sehr anfällig. Die CS war angeschlagen, aber so schlecht dran auch wieder nicht. Alle Kennzahlen der Finanzmarktaufsicht waren eingehalten. Dann passiert irgendwo etwas, und die Ansteckung nimmt ihren Lauf. Staaten können eine Finanzkrise weder voraussehen noch verhindern, nur rechtzeitig einzämmen, um katastrophale Folgen zu verhindern. Festzulegen, wann der richtige Zeitpunkt zum Eingreifen ist, ist jedoch schwierig.

Kann sich die kleine Schweiz angesichts solcher Risiken noch eine global tätige Grossbank leisten?

Es hat Vorteile, am eigenen Finanzplatz eine Grossbank zu haben, die alle Leistungen anbietet. Müsste die UBS nun politisch gewollt die problematischen internationalen Geschäfte abspalten oder würde sie ihren Sitz verlegen, gin-

«Eine stärkere Regulierung wird nicht ausreichen. Das kann man jetzt schon sagen.»

gen diese Vorteile verloren. Dafür wäre mehr Stabilität gewonnen. Für gewisse Geschäfte gäbe es ausländische Filialen, ähnlich wie bei der Fluggesellschaft Swiss, die zur deutschen Lufthansa gehört. Es würde gehen. Auch der Wegfall des Bankgeheimnisses hat uns ja überhaupt nicht geschadet. Zürich ist nicht verarmt. Im Gegenteil.

Wie wichtig war es für den Wohlstand der Schweiz, ein internationaler Finanzplatz zu sein?

Die ökonomische Bedeutung wird über-schätzt. Die Schweiz wurde mit dem Ersten Weltkrieg zum internationalen Finanzplatz, war aber schon 1914, gerade vor dem Krieg, das reichste Land auf dem europäischen Kontinent, gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Dafür war vor allem die Industrie verantwortlich. Diese war sehr dynamisch und machte den Wohlstand der Schweiz im 19. und 20. Jahrhundert bis heute aus. Der Finanzplatz kam erst infolge der Industrialisierung und gewann mit der Vermögensverwaltung eine ganz neue, reichlich sprudelnde Einnahmenquelle. Volkswirtschaftlich hatte dies immer Vor- und Nachteile.

Was waren die Nachteile?

Die hohen Löhne im Bankensektor zogen viele gut ausgebildete Leute an, die dann in anderen, innovativeren Bereichen fehlten. Nun gibt es ohne die grosse Sogwirkung des Bankensektors wieder mehr Raum für andere Branchen und Innovationen. Zürich ist außerdem als Versicherungsstandort sehr erfolgreich. Dieses Geschäft ist berechenbarer und stabiler. Ich finde, es passt viel besser zur Schweizer Mentalität.

März 2023

Notübernahme durch UBS

Die Krise bei der CS spitzt sich zu, Kunden ziehen Gelder ab. Am Sonntagabend, 19. März, gibt Finanzministerin Karin Keller-Sutter im Beisein der Bankenchefs die Übernahme der CS durch die UBS bekannt. Der Bund leistet für den Notverkauf Garantien im Umfang von 109 Milliarden Franken. Neuer UBS-Chef wird ein Schweizer: Sergio Ermotti.



April 2023

Kritik im Parlament

In einer Sondersession lehnt der Nationalrat die Notkredite für die CS-Übernahme ab, was aber folgenlos bleibt. Der Ständerat segnet sie ab. Erneut geht die Diskussion los, ob die Politik die Banken stärker zähmen soll. Im Nationalrat finden Vorstösse für ein Bonusverbot und mehr Eigenkapital eine Mehrheit.



Juni 2023

CS-Ende wird untersucht

National- und Ständerat setzen ihr mächtigstes Kontrollinstrument ein: eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK). Die PUK macht sich diesen Herbst unter der Leitung von Mitte-Ständerätin Isabelle Chassot (Bild) an die Arbeit. Sie beleuchtet das Handeln von Bundesrat, Nationalbank und Finanzmarktaufsicht vor und während der Bankenkrise.



Fotos Keystone